

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Maske herunter!

Sollmanns Abrechnung mit der Rechten und den Kommunisten. Deutschnationale Verschleierungsmanöver.

Die Deutschnationalen, die in der Nacht bis 1/2 Uhr beri-
eteten, und heute früh bis zum Beginn des Plenums ihre Be-
ratungen fortsetzten, haben nun ihre letzte Karte ausgespielt.
Sie haben einen Abänderungsantrag zu dem gestern be-
schlossenen Antrag Curtius gestellt, der in das Mantelgesetz
zu den Dawes-Gesetzen eingefügt werden soll. Während der
volksparteiliche Antrag nur verlangt, daß die Re-
gierung darauf hinwirken möge, eine baldige Räu-
mung und die Einhaltung des Rheinlandabkommens zu er-
reichen, kleidet der deutschnationale Antrag diese Forderungen
in die Form einer Bedingung, von deren Erfüllung das
Inkrafttreten des Mantelgesetzes und damit aller übrigen
Gesetze zum Londoner Vertrag abhängig gemacht werden soll.
Der deutschnationale Antrag besagt, daß die Gesetze nur
dann in Kraft treten sollen, wenn durch feste Abmachungen
in völkerrechtlich bindender Form die Sicherheit geschaffen ist,
daß die Gebiete, die über die in Art. 428 des Vertrages von
Versailles bezeichneten Grenze hinaus besetzt worden sind,
spätestens bis 10. Januar 1925 geräumt werden. Ferner
sollen die Gesetze nur dann in Kraft treten, wenn bestimmt
wird, daß die Auslegung des Abkommens der Vereinbarung
mit Deutschland vorbehalten bleibt und daß diese Auslegung
und die Handhabung des Abkommens unter eine wirksame
Rechtskontrolle, Schiedsgericht, gestellt wird. Schließlich wird
gefordert:

„Das Gesetz tritt nicht in Kraft, solange nicht die Reichs-
regierung in einer amtlichen, den Alliierten abzugebenden Erklärung,
in der die in Art. 23 des Versailler Vertrages über die Entschü-
dung des Weltkrieges enthaltene, der damaligen deutschen Regierung ab-
gezwungene Anerkennung der deutschen Schuld am
Weltkrieg, die den geschichtlichen Tatsachen widerspricht, förmlich
widerrufen ist.“

Ferner haben die Deutschnationalen eine Resolution
eingebrought, in der gefordert wird, die Regierung solle dahin
wirken, daß spätestens binnen zwei Jahren auf Grund des
Art. 234 des Versailler Vertrages neue Beratungen über
die Minderung der Familienlasten des Dawes-Planes herbei-
geführt werden, ferner soll die deutsche Regierung darauf drin-
gen, daß eine feste Grenze für die gesamten künftigen Lieferun-
gen Deutschlands vereinbart werde.

Weber der Abänderungsantrag noch die Resolution
können für die Regierung und diejenigen Parteien, denen es
mit dem Zustandekommen des Londoner Vertrages ernst ist,
angenommen werden. Der Abänderungsantrag zum
Mantelgesetz bedeutet eine Abänderung des
London geschlossenen Vertrages, der vom Reichs-
tag nur als ein Ganzes angenommen oder abgelehnt
werden kann. Die Resolution greift der künftigen Entwick-
lung voraus, indem sie jetzt schon neue Verhandlungen über
eine Herabminderung der Deutschland auferlegten Lasten in
Aussicht nimmt. Solche Verhandlungen könnten vernünftiger-
weise erst dann angekündigt und wirklich eingeleitet werden,
sobald sich herausgestellt hat, daß die Lasten des Dawes-
Planes für Deutschland zu schwer sind. Die deutschnationale
Resolution macht dabei ein ganz interessantes Geständnis, in-
dem sie die Regierung auffordert, spätestens binnen zwei
Jahren die von ihr geforderten Verhandlungen einzuleiten.
Damit ist zugegeben, daß wenigstens in den nächsten zwei
Jahren Verhandlungen über die Herabminderung der Deutsch-
land auferlegten Lasten gar nicht notwendig sein werden.

Offenbar hat die deutschnationale Fraktion ihre Anträge
nur zu dem Zweck gestellt, um in dem Wahlkampf, den
sie selbst jetzt als Nationals um vermeidlich anzieht,
eine günstigere Position zu gewinnen. Die Einbringung der
Anträge und ihre Ablehnung soll den Deutschnationalen Ge-
legenheit dazu geben, im Wahlkampf demagogische
Angriffe gegen die Regierung und die Parteien zu richten,
die für die Annahme des Londoner Vertrages eingetreten sind.

Vizepräsident Dr. Kleber eröffnet die heutige Sitzung um 10 Uhr
25 Minuten und gedenkt des 175. Geburtstages Goethes und seines
Wortes: Zur Nation Euch zu bilden, Ihr hofft es, Deutsche, ver-
gebens. Er fügt hinzu: Mögen die Parteifreistigkeiten die Erfüllung
dieses Wortes nicht zur Folge haben.

Nach Eintritt in die Tagesordnung erhebt
Abg. Schölem (Komm.) Einspruch dagegen, daß der Reichstag
durch Polizei gesichert sei. Er spricht dabei von Kompagnien von
Polizeipfeifeln Senerings.

Vizepräsident Dr. Kleber weist diese Ausdrucksweise zurück. Es
handelt sich um Beamte der Polizei, die nur ihre Pflicht getan hätten.

Die Anträge der Kommunisten und Nationalsozialisten auf
Freilassung aller politischen Gefangenen sowie alle
Amnestieanträge werden erneut dem Rechtsausschuß über-
wiesen.

Angenommen wird das Haager Abkommen über internationales
Privatrecht, ferner die Fieberthermometerverordnung und die Vorlage
zur Verlängerung des vorläufigen deutsch-spanischen Handelsüberein-
kommens.

Ein Ermächtigungsgesetz, wonach die Regierung die Seeleute
in die Erwerbslosenfürsorge einbeziehen kann, wird angenommen.

Eine Ergänzung zum Diätengesetz will den Reichstagsabge-
ordneten die Freifahrt bis 8. Tage nach der Neuwahl
zugestehen.

Abg. Kunze (Deutschsoz.) erhebt dagegen Einspruch. Wenn der
Reichstag aufgelöst sei, dann gebe es eben keine Reichstagsabgeord-
neten mehr.

Abg. v. Graefe (Natioz.) verlangt, daß der aufgelöste Reichstag
auch nach der Auflösung bis zur Neuwahl noch weiter bestehen solle,
damit keine parlamentslose Zeit eintrete. (Heiterkeit.) Das Gesetz
wird in erster und zweiter Lesung angenommen.

Sodann beginnt die

dritte Beratung der Gutachten-Gesetze.

Abg. Dr. Quast (Dnat. Sp.) erklärt, die Deutschnationalen gingen
in die dritte Beratung und in die entscheidende Abstimmung hinein
mit einem tiefen Gefühl der Enttäuschung und der Bitter-
keit. Es scheint tatsächlich, als ob auf deutschem Boden und auf
deutsche Kosten der Kampf zwischen den feindlichen Prinzipien Moskau
und London ausgetragen werden soll. Die Argumente der
Kommunisten gegen das Dawes-Gutachten sind durchaus
richtig, aber sie entspringen nicht deutschem Geist, sondern den
Direktiven von Moskau. Die Sozialdemokraten kämpfen dagegen
unter dem Banner von London. Auch die Reichsregierung
habe sich für London entschieden. Das Dawes-Gutachten ist bei
seinem Erscheinen in Deutschland und auch von amtlichen Stellen
in einer Weise begrüßt worden, die tatsächlich von vornherein die deut-
schen Unterhändler in eine sehr ungünstige Situation bringen mußte.
In der Tonart der französischen Regierung hören wir in der
letzten Zeit allerdings einen etwas mildereren Klang. Ein ge-
wisser Anfang der Räumung ist auch zu beobachten oder wenigstens
versprochen. Der Kampf der Rheinländer geht nicht um
einige Tage und Wochen früherer Räumung, sondern
um den deutschen Charakter des Rheinlandes, daß endlich ein Ende
abgesehen sein möchte des unwürdigen, unerhörten, schmachvollen Zu-
standes, daß fremde Soldateska ein deutsches Kulturland jahrelang
besetzt. — Der Redner begrüßt dann die Entscheidung und den Ab-
änderungsantrag seiner Freunde. Er wendet sich weiter gegen die
Regierungspolitik, die eine Politik der nationalen Schwäche sei und
geradezu eine Dawes-Propaganda gefördert habe. Die mit amtlichen
Geldern erhaltene Zentrale für Heimatsdienst habe in einer Druck-
schrift das Dawes-Gutachten als „Bibel der Wirtschaft“ bezeichnet.
(Hört, hört! rechts.) Dr. Quast bekämpft dann die einzelnen Teile
der Gutachtengesetzgebung.

Es sei eine nationale Schmach, daß Deutschland zur Begnadigung
von landesverräterischen Separatisten gezwungen wird. Die
Möglichkeit einer Steuerpersecution dürfe einem modernen Kultur-
volk nicht zugemutet werden. Das Reichsbahngesetz schaffe eine
Reichsbahn-Gesellschaft, die niemals als deutsches Unternehmen be-
trachtet werden kann. Die Deutschnationalen hätten keinen Grund,
den Wahlkampf gegen das Dawes-Gutachten zu scheuen.

Abg. Sollmann (Soz.):

Wir stehen in der dritten Beratung über die Gesetze, die tief
in die Hoheitsrechte des Reichs und der Länder, in Finanz und
Währung, Wirtschaft und Recht eingreifen und das Schicksal unseres
Volkes und jedes einzelnen auf Jahrzehnte hinaus berühren. Sie
legen dem deutschen Volke ungeheure Lasten auf. Es gibt nie-
mand in diesem Hause und im Reiche, der über diese Gesetze auch
nur Genußnahme empfindet. Von einer Erfüllungsges-
teigerung ist bei niemandem auch in meiner Partei die Rede.
Es ist auch nicht so, als ob wir dem Auslande mit erhobenen Hän-
den danken müßten für das Londoner Abkommen.

Wir wissen, daß es übermäßig harte Lasten sind,

die wir übernehmen müssen. Für uns ist das alles das Ergebnis
einer zwangsläufigen Entwicklung, die durch den ver-
lorenen Krieg begonnen wurde. Für den Weltkrieg und sein Ende
aber lehnen wir die Verantwortung ab. Wie der Weltkrieg aus
tiefgehenden kapitalistischen Gegensätzen entsprang, so tragen auch
die Verträge, die folgten, kapitalistischen Charakter. Es ist der alte
Geist des Kapitalismus, der aus diesen Konferenzen und Abmachun-
gen spricht. Der Sozialismus hat in allen Ländern in diesen Jahren
gearbeitet, um ein anderes Reparationsprogramm zu verwirklichen.
Er hat sich als zu schwach erwiesen, seine Ziele durchzusetzen. Aber
wir danken ausdrücklich unseren ausländischen Brüdern für das
Verständnis, das sie unserer Lage entgegengebracht haben. Ich danke
ausdrücklich und besonders als Rheinländer unserem französischen
Kameraden Léon Blum (Lebhafter Beifall bei den So-
zialdemokraten und in der Mitte), der sich als ein würdiger Schüler
des Meisters Jaurès erwiesen hat. Mit uns haben die Sozialisten
in den anderen Ländern jedwede militärische Befehung verworfen.
Sie haben auf Konferenzen und Besprechungen ein Reparations-
programm entwickelt, das zwar ebenfalls die Verpflichtung Deutsch-
lands zum Wiederaufbau des besetzten Gebietes enthält, das aber
ein System des Wiederaufbaus vorschlägt, das Deutschland größte
Erleichterungen gebracht hätte.

Das sozialistische Reparationsprogramm ist für Deutschland um
viele Male günstiger als die vorliegenden Gesetze, selbst wenn die
deutschnationalen Bedingungen sämtlich angenommen wären.

Nun steht der große Reparationsplan der Gegner vor uns.
Ich würde es zu würdigen wissen und würde es verstehen, wenn
aus dem Freiheitsgefühl einer unterdrückten Nation eine ehrliche
Abwehr erwachsen wäre. Wer was haben wir denn an würdi-

gem nationalen Widerstand hier gehört? Wir haben gehört die
widerwärtigsten Schimpfereien von links und von
rechts. Was stand hinter diesem Tumult? Das geschäftige

Parlamenteln und Schachern, um wieviele Silberlinge man sich
eine nationale Bestimmung abkaufen lassen wollte.

Man könnte die Kritik an den Gesetzen noch ergänzen. Aber ich
stelle vor dem Volke fest: es hat niemand einen Weg gezeigt, der zu
günstigeren Bedingungen führen könnte. Damit ist alle Demagogie
von rechts und von links zerföhren. Sie wissen keinen Ausweg,
die Deutschnationalen sind genau so negativ geblieben wie
die Nationalsozialisten und die Nationalkommunisten. (Zurufe und
Heiterkeit.) Auch

die ganzen Anträge sind nur Dekoration

und sehr schlechte Dekoration. Die Kommunisten stellen Anträge,
die verlangen, daß alle zurückgelehnten ausgewiesenen Eisenbahner
in deutschen Reichsdienst eingestellt werden müssen, sobald die Eisen-
bahn wieder in die Verwaltung der Reichsbahn übergeht. Sie
sorgen jetzt schon für die Beamten der Regierung, aber sie ver-
hindern, daß die Regie wieder in deutsche Hände übergeht. Das
ist die schlimmste Demagogie. Sie liefern ja die deutschen Eisen-
bahner und Beamten durch ihre Politik dauernd der französischen
Regie aus. (Lebhafter Beifall.) Alle diese Anträge sind wert-
lose Papierföhren. Dasselbe gilt für die Amnestie. Die
Amnestie, die gestern mit solcher Leidenschaft von den Kommunisten
gefordert wurde, tritt noch dem kahlen Wortlaut nur bei Annahme
und Verkündung der Gesetze in Kraft. Sie schreien auf der Am-
nestie, aber Sie wollen sie doch verhindern durch die Ablehnung der
Gesetze. Auch wir bedauern, daß die Separatisten unter der Am-
nestie fallen. Aber ich begreife, daß die Reichsregierung dieser Be-
gnadigung zustimmen mußte, um die Begnadigung der Deutschen
zu erreichen. Ich möchte heute noch einmal die Reichsregierung
bitten, die

Amnestie möglichst weitgehend auf das unbefetzte Deutschland
auszudehnen. Es ist mir gesagt worden, daß der Reichsminister
des Auswärtigen im Auswärtigen Ausschuß eine Zusage in diesem
Sinne gegeben habe. Wir werden darauf beharren und die Reichs-
regierung an dieses Wort erinnern. Aber den Kommunisten muß
ich im Zusammenhang mit der Amnestie noch eins sagen: Nichts
steht einer allgemeinen Amnestie mehr entgegen als die Aus-
tritt e, wie sie gestern hier ausgeführt worden sind, weil daraus
Rückschlüsse auf den terroristischen Charakter ihrer Partei gezogen
werden, die zuungunsten ihrer Gefangenen ausschlagen.

Vielleicht wäre die Räumung der besetzten Gebiete leichter zu
erreichen gewesen, wenn nicht die ganze französische Oeffentlich-
keit monatelang die Verhandlungen in Deutschland um das
Zustandekommen eines Bürgerbunds unter nationalsozialistischer
Führung beobachtet hätte.

Wir nehmen das Wort des Herrn Reichsaussenministers auf, daß
der Kampf um die Räumung der besetzten Gebiete jetzt erst be-
ginnen muß, und wir werden jede zweckmäßige Regierungshand-
lung unterstützen, die auf die Räumung der besetzten Gebiete hin-
zielt. Der französische Staatsmann, der die Truppen von Rhein
und Ruhr zurückzieht, wird unserem Lande, wird seinem Lande,
wird ganz Europa den größten Dienst erwiesen haben. Aber ein
wenig liegt die Unterstützung der Fristen auch in der deutschen all-
gemeinen Politik begründet. Man sollte jeden, der in Deutschland
vom Koanckrieg spricht, als Verräter an besetzten Gebiet ein-
sperrten. Aber im Ernst wollen die Herren den Revanche-
krieg gar nicht. Die französischen Nationalisten hatten ein
bekanntes Wort noch 1870: „Immer daran denken, niemals davon
reden!“ In Deutschland könnte man sagen: „Immer davon reden,
niemals daran denken!“ Der Reichstagsabgeordnete Buderdorff
würde dem besetzten Gebiet einen großen Dienst erwiesen, wenn er
sich ein strenges Schweigegelöbnis auf einige Jahre aufer-
legen würde. Erst jüngst auf dem Ostpreussentag in Lissa sagte
ein Redner in Anwesenheit Buderdorffs: „Wir Ost-
preußen warten auf den Tag, der in der Weltgeschichte ein neues
Lannenberg bringt.“ Das ist

Material für die französischen Nationalisten!

(Lebhafte Zustimmung links. — Dolmetscher rechts.) Gerade Sie
(nach rechts), die jetzt auf Räumung drängen, haben kalblütig mit
der Befehung noch weiteren deutschen Gebietes gerechnet. Welche
Ausregung hat es hervorgerufen, als der deutschnationale Abgeord-
nete Hugenberg Jahre vor der Ruhrbefehung von einer Aus-
dehnung der Befehung gesprochen hat! (Dr. Quast (Dnat.): Das
war in Weimar, und er hatte recht!) Bei den Verhandlungen über
den Abbruch des passiven Widerstandes hatten Sie gleichfalls durch
Graf Westarp die Möglichkeit einer weiteren Befehung deutschen
Gebietes in Rechnung gezogen. Westarp sprach am 8. Oktober 1923
im Reichstag. Wir hielten ihm in Zurufen vor, daß er, ebenso wie
heute Dr. Quast, es an einem positiven Programm vollkommen
fehlen lasse. (Zuruf rechts: Lassen Sie erst eine nationale Regie-
rung kommen!)

Ihr Programm ist: Lassen Sie uns in die Regierung kommen
und dann wird man sehen! Das ist das, was Sie früher uns
gegenüber als Drang zur Futterrippe bezügelnet haben.

Ich meine aber, ein nationaler Mann darf mit seiner nationalen Arbeit nicht warten, bis er Minister geworden ist! (Sehr gut links.) Als Graf Westarp am 8. Oktober 1923 gefragt wurde, was geschehen solle, wenn es zum Konflikt mit Frankreich komme, da sagte er: „Die Frage ist, ob das deutsche Volk das auf sich nehmen wird und kann und will, daß Frankreich die Kriegemaßnahmen, die es heute schon gegen das deutsche Volk führt, verstärken wird durch weiteren Vormarsch, durch andere kriegerische Handlungen.“ Und als nun der Jurist von den Sozialdemokraten kam: „Und wenn ja?“, da fuhr Graf Westarp fort: „Und wenn ja, so sind wir der Auffassung, daß auch um dieser Möglichkeit willen wir die feige Unterwerfung einer neuen Unterschrift nicht wollen; daß wir diese Möglichkeit — also den Vormarsch der Franzosen — „vorziehen der feigen Unterwerfung einer neuen Unterschrift!“ (Hört, hört!) Sie (nach rechts), die uns heute vorwerfen, daß wir nicht entschieden genug für die Räumung eintreten, Sie haben damals kaltherzig und erbarmungslos eine solche Politik empfohlen auf die Gefahr hin, daß noch weitere deutsche Provinzen von schwarzen und weißen Franzosen besetzt werden!

Nachdem Abg. Erkelenz schon im „Berliner Tageblatt“ dokumentarische Mitteilungen über den Abbruch des passiven Widerstandes gemacht hat, kann ich auch feststellen, was der ehemalige Reichstagsabgeordnete von den Reichshoff, als Vertreter der Deutschnationalen, am 24. September 1923 in einer Besprechung mit der Reichsregierung, der ich damals angehörte, ausgeführt hat.

Reichshoff sagte: „Wir sind mit der Aufgabe des passiven Widerstandes nicht einverstanden. Wir müssen Frankreich erklären: Der Versailler Vertrag ist gebrochen, das Rheinland ist Kriegsgebiet, jede Kriegsunterstützung an das besetzte Gebiet ist sofort einzustellen.“ (Beifalles Hört, hört! links.)

Das ist Ihre nationale Stärke! Die Deutschnationalen erklären durch Reichshoff, man müsse den Franzosen die Verantwortung für das besetzte Gebiet zuschieben, die Franzosen müßten die Bevölkerung dort ernähren — und dann kam der große Saltomortale —, durch die vorläufige Preisgabe schloßen wir das Rheinland enger mit Deutschland zusammen. (Gelächter und Hört, hört! links.) Wären wir damals diesen Weg gegangen, dann brauchten wir uns heute über den Londoner Vertrag nicht zu unterhalten und brauchten uns keine Sorgen mehr um das Rheinland zu machen, denn dann wäre das Rheinland längst nicht nur von Preußen, sondern leider und zum Fluch für Europa auch vom Reich losgelöst. Daß wir damals fest geblieben sind, ist unser historischer Verdienst. Ich habe das Recht, für mich und meine Kollegen im Kabinett der großen Koalition den Vorwurf der nationalen Schwäche als durchaus unberechtigt zurückzuweisen.

Am 5. November 1923 schrieb die „Deutsche Tageszeitung“ — ein Beweis, daß diese Ansicht im deutschnationalen Lager allgemein verbreitet war: „Das Rheinland ist für die deutsche Wirtschaft und für die deutsche Finanz heute eine geöffnete Schlagader, aus der das Blut dauernd herausströmt; man braucht kein Arzt zu sein, um zu wissen, daß

der ganze Körper absterben muß, wenn nicht die geöffnete Schlagader oberhalb der Wunde bald abgebandelt wird. Wenn hier Einwände auch erhoben werden, es ist unter allen Umständen zu fordern, daß die Finanzierung von irgendwelchen Lieferungen an Frankreich ja auch die Unterstützung der schwerelastenden Ruhrbevölkerung aus Reichsmitteln aufhört.“ (Hört, hört! links.) Treten Sie doch mit uns vor die rheinische Bevölkerung und unterhalten Sie sich da mit uns über nationale Würde und nationale Kraft!

Das Verhalten der Deutschnationalen in den letzten Wochen gibt Gelegenheit, Lehren der politischen Psychologie zu ziehen. Wir sehen vor uns eine große Partei, gefangen in der Schlinge ihrer Demagogie. Wir sehen, daß die Einsicht der Führer kapitulieren muß vor dem Unverstand und der Uberspanntheit, die fünf Jahre lang in die Massen hineingebracht worden sind.

Wir stehen vor dem Bankrott der nationalistischen Demagogie. Innerlich — seien Sie ehrlich! — sind Sie alle davon überzeugt, daß nichts Besseres in London zu erreichen war. Darum haben Sie um Regierungssitze und um Zollsätze geschachelt, um vor Ihren Anhängern sagen zu können: wir sind in die Erfüllungspolitik eingeschwenkt, aber wir haben uns als Nachhelfer gezeigt, und das und jenes erlangt.

Die vierzehn Nothelfer.

Eine Episode aus einer Gemeindevahl von May Ed-Troll.

Durch Zufall, der uns Menschen so häufig zwangsläufig, diktatorisch mit einem Ort, mit Menschen verkettert, bin ich diesen Winter nach einem kleinen Ort im Launus gekommen. Das schmucke Dorf liegt im herrlichen Tal der Weil, einem kleinen Nebenfluß der Lahn, und man hat bald zwei Stunden zu „tippeln“, um zur nächsten Bahnstation zu gelangen.

Hier in dem Tal ist Ruhe. Der Bach plätschert lustig am Wehr der Mühle, Forellen schnellen unter dem Uferstrand, wenn man dem Ufer entlang schreitet. Die Sonne gibt den schmutzen Bauernhäusern neue Farbe. Hühner krähen liebestrunken, Enten watscheln schaukelnd dem Bache zu. Ein Wohl des Friedens.

Da höre ich festen Marschschritt. Dann hebt am Dorfeingang ein mächtiger Gesang an, daß die Bauern und Bäuerinnen die Fenster aufreißen und erklaunt die Dorfstraße hinabschauen.

Täusche ich mich nicht? Sind das nicht die Klänge der Internationalen? Ja richtig:

„Die Internationale
Erkämpft das Menschenrecht!“

Und eine rote Fahne wird vorausgetragen.

Unter den Dorfbewohnern gärt es.

Viele der Bewohner sind Arbeiter, die von Frankfurt bis hinauf ins Ruhrgebiet als Maurer, Schreiner, Schlosser usw. sich ihr Brot verdienen. Ihr Herz aber hängt am Heimatdorf, trotzdem sie oft das ganze Jahr fern sind.

Ich erfahre: Morgen, Sonntag, ist Gemeindevahl, bei der es zwischen den Bürgerlichen und den Sozialdemokraten hart auf hart gehen wird. Der Bürgermeister hat sich durch unsoziale Maßnahmen, durch Provozierung der unerschuldeten Erwerbslosen mißlieblich gemacht.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat an die Wahlberechtigten, die im mehrere hundert Kilometer entfernten Ruhrgebiet arbeiten, geschrieben und sie auf die Wichtigkeit der Wahl hingewiesen.

Vierzehn Wähler aus der Gemeinde arbeiteten an verschiedenen Orten im Ruhrgebiet. Und alle vierzehn waren sie erschienen.

Sie bildeten die Gruppe, die unter einer selbst verfertigten roten Fahne am Abend vor der Wahl die Internationale singend in das Dorf einzogen.

War es da ein Wunder, daß so mancher sich Großbauer dünkte, der so schnell das Fenster geöffnet hatte, es schnell und hastig vor Herger wieder zuschloß, daß die Scheiben klirren?

Am anderen Tag in aller Herrgottsfrüh, am Wahlsonntag, betätigten sich die Vierzehn von der Ruhr, die trotz Gedrängtheit

Aber so verkannt sind die Anhänger des Nationalismus, daß die Ernüchterung so rasch nicht gefunden werden kann, die Sie gern mächtigen. Ich behaupte, daß, wenn Tirpitz als Reichstanzler und Hergt als Innenminister heute hier säßen, Sie die Gesetze verteidigen würden, die sie heute bekämpfen. Sie sind bereit gewesen, den Übergang der Reichsbahn an eine Privatgesellschaft auch mit ausländischem Kapital zu genehmigen, die Finanz- und Wirtschaftskontrolle zu übernehmen, die Industriebelastung anzunehmen. Anfang Juli dieses Jahres, als die neue Regierung sich hier vorstellte, sprachen für die Deutschnationalen die Abgeordneten Schlang und Westarp. Das Sachverständigengutachten war damals längst bekannt. Beide Redner haben auch genug davon gesprochen, aber beide haben nicht ein Wort gegen die Privatisierung der Reichsbahn, gegen die Finanz- und Wirtschaftskontrolle, gegen die Industriebelastung und gegen die Beschränkung der Hoheitsrechte gesagt. Wenn der Londoner Vertrag unannehmbar ist, dann war er es damals schon und Sie hätten ihn damals mit derselben Schärfe wie heute bekämpfen müssen. Sie haben es nicht getan, weil sie wohl wußten, das nichts anderes zu erreichen ist und weil sie ihre Zustimmung sich hoch bezahlen lassen wollten. Ob Sie nun in den letzten Stunden noch etwas finden werden, was Ihnen unter Wahrung des Gesichtes die Zustimmung erleichtert, ist nicht entscheidend. Es bleibt dabei, daß die Deutschnationalen endgültig aus der Reihe der grundsätzlichen Erfüllungspolitik ausgeschieden sind. Sie haben Wirib, Erzberger und Rathenau bekämpft, sie sehen diese Politik fort, denn es fehlt ihnen der hemmende Bestandfaktor, das Bewußtsein der Verantwortung. Die Deutschnationalen sind vielleicht die einzigen, die von diesem Standpunkt aus ohne Sünde und Fehlsind. Auch die

Kommunisten haben hier im Hause wiederholt grundsätzlich zur Erfüllungspolitik sich bekannt.

Am 2. März 1923 logte hier Frau Klara Zeitlin gegenüber unserem Genossen Dr. David: „Wenn man damit beginnen will, den französischen Imperialismus aus dem Lande zu treiben, so gibt es, angefangen der Schwäche der deutschen Republik, allerdings zunächst nur ein Mittel: die Erfüllungspolitik! Davin hat Dr. David recht. Aber darüber, wie diese Erfüllungspolitik ausgeht und wer sie bezahlen soll, hat auch er geschwiegen. Das ist das Entscheidende. Leider — sagte Klara Zeitlin weiter — ist die Erfüllungspolitik bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge unermesslich geworden (Beifalles Hört, hört! bei den Sozialdemokraten), nachdem von den Bourgeoisien der beiden Mächtegruppen der Schmachtfrieden von Versailles geschlossen worden ist. Die Erfüllungspolitik, darüber dürfen wir uns keinen Illusionen hingeben,“ so schloß Klara Zeitlin, „ist jetzt unvermeidlich, und der Kampf um die Verteilung der Kosten, der nun natürlich geführt werden.“

Nun haben sich allerdings die Kommunisten seitdem etwas weiter entwickelt. Es hat der

große Ausstieg von Klara Zeitlin zu Ruth Fischer

begonnen (Heiterkeit), die uns durch ein Bündnis mit Rußland und seine rote Armee befreien will, vorausgesetzt freilich, daß Herr Morgan den Russen des Geld pumppt. (Große Heiterkeit.) In Wirklichkeit denken die Russen gar nicht daran, sich für uns am Rhein in Unkosten zu stürzen. (Einige Kommunisten rufen: Sehr wahr, einige andere zugleich: Abwarten!) Jede Anleihe ist den Russen lieber als ein Krieg. „Nicht aus London, sondern aus Moskau kommt das Heil“, ruft Frau Fischer-Gohle. Nun jeder Gläubiger hat seine Heimat (Heiterkeit), aber das

Heil kommt nur aus der Gesundung der deutschen Wirtschaft und der deutschen Menschen.

Darum nehmen wir die Gesetze an. Wir kennen ihre Last, wir wissen aber auch, daß der jetzt noch bestehende Londoner Zahlungsplan von 1921 jährlich 1600 Millionen mehr von uns verlangt als der Sachverständigenplan. Wir wissen, daß eine mehr oder weniger vertragslose Zeit viel teurer ist für das deutsche Volk. Die deutsche Wirtschaft kann sich nur erholen, wenn ihr großzügig ausländisches Kapital zugeführt wird. Wenn der Kreislauf der Wirtschaft Deutschlands stockt, dann leiden die Arbeiter, Angestellten und Beamten am meisten und den Predigern des unverlässlichen Klassenkampfes sagen wir eines:

die lange Fahrt, die teuren Fahrkarten und die zwei Tage Lohnausfall nicht scheuen, im „Schlepperdienst“ und in mündlicher Agitation.

Als am Abend die Stimmen gezählt wurden, hatte die Sozialdemokratische Partei gerade die vierzehn Stimmen der „vierzehn Nothelfer“ mehr als die Bürgerlichen, damit die Mehrheit im Gemeinderat. Und damit war auch das Schicksal des nicht gerade beliebten Bürgermeisters besiegelt.

Ihr wollt wissen, wie das Dorf heißt? Ich sage es euch gerne: Rod an der Weil, in der Provinz Hessen-Rassau.

Wenn allüberall die Genossen allzeit so auf dem Damm wären, wie die „vierzehn Nothelfer“ von Rod an der Weil, dann würde es um die Soße der Arbeiter in manchem Orte, in mancher Stadt, in Deutschland, in der ganzen Welt besser bestellt sein.

Die Revue im „Admiralspalast“.

In der Mitte dieser Revue: „Rach und Rach“ wird das Rezept für solches Potpourri von Genüssen gegeben: es gehört dazu Amusement, Humor, Musik, Gesang, Schönheit, Bilanziererei, alles in rechter Dosis und Mischung. Gesang war durch Elisabeth Riepner und Heinrich Hensel würdig vertreten, die Musik durch Kollas gar nicht mehr aufregende, recht kurzweilige und wenig adrethende Melodien anständig, die Schönheit marschierte in prächtig gewachsenen, noch prächtiger angelegenen Frauen und in einer berückenden Farbenfatale an Szenen, Vorhang, Kostüme, Dekoration an der Spitze. Auch Einfälle, wie der lebende Blumenkorb, die wandernde Zigarre, die Seele des Hutes, die Tiefe des Meeres zeugten von dem hervorragenden Geschmack des Künstlers Haas-Heyne. Daß die Bilanziererei fehlte, mag noch hingehen, denn nach der Artung des deutschen Publikums wird sie meist zu spät offertiert; es war alles, auch das Entblöße, wirklich dezent. Wäsen, Ehrlich, Schulz und die kleine Kürtin wirkten drollig bis zum Vachen. Aber Humor, Geist, Witz, Amusement, Satire, Ironie, Grotesk, all das, was der Revue Inhalt, Form und Glanz von innen her gibt — all das war in kleinen homöopathischen Dosen vorhanden. Haller, Ridea-mus und Wolff haben es im besten Fall zu einem Kalauer oder zu einem Vers mit wüßiger Pointe gebracht. Aber die Revue hat kein Fundament, kein Gebirg, nur Beine, auf denen sie läuft. In fünf Stunden bemerkt das auch ein unentwegter Salager großstädtischer Vergnügung.

Gibt es kein Material in Deutschland, in Berlin allein, um Spott und Baune zu verprühen? Immer nur Weiber, Hüte und Tüme? Gibt es in Dingen der Kunst, Politik, Volizei, des Theaters, der Presse, des Startums, der Dollarjagd, der Börse, des Verkehrs, der futuristischen Musik, des Jazz, des Rummels, der Preisenscheiden, der Banken und sonstigen Gründungen nicht genug Thematika für eine geistvolle Satire? Nichts von alledem. Wieder geht einer in die große halbe Welt, um sich alles, was schön ist, nach und nach symbolisch voranzuziehen zu lassen, wieder verfolgt ihn sein Cheggpans.

veredelnde, verkommene Massen können vielleicht Faustkämpfe, aber niemals den Klassenkampf sieghaft führen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Wir wissen, daß diese Gesetze in sozialen und politischen Krisen in Deutschland nichts bringen. Wir rüsten uns zu neuen Kämpfen, um das Wort des Reichstanzlers, an das wir erinnern, in die Tat umzusetzen, daß nämlich

Die Klassen aus dem Gulachen sozial gerecht verteilt werden müssen. Ich fürchte, daß über diesen Punkt zwischen uns und dem Reichstanzler noch tiefgehende Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Wir Sozialdemokraten kämpfen dafür, daß das deutsche Volk von dem Steuerbetrug, der bis in die jüngste Vergangenheit getrieben wurde, erlöst wird.

Wir halten uns vor der Internationale und vor der Welt an die Zusicherung des Gutachtens, daß der Lebensstand der deutschen Volksmassen nicht unter den Standard der anderen Völker heruntergesetzt werden darf. Nicht der geringste Nachweis ist dafür erbracht worden, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit über den Achtstundentag hinaus notwendig gewesen wäre — aber nicht die Hälfte der Kommunisten säße hier, wenn nicht im März 1923 der Angriff auf den Achtstundentag erfolgt wäre. (Zuruf rechts: Nach der Wahl kommen noch mehr Kommunisten hier herein!) Das ist Ihre Hoffnung. (Dr. Quack: Die Kommunisten sind Ihnen über!) Hoffentlich freut die Kommunisten diese Anerkennung!

Was haben die Deutschnationalen als einzigen Ausweg vorgeschlagen können? Neue Verhandlungen. Wer verspricht uns bessere Verhandlungen mit Frankreich und England. Das ist Herr v. Tirpitz, der Vater der Flottenrüstungen, das ist Herr Hergt, der Ueberamerikanist, Herr Westarp, der Ostfrankreich und Belgien anneklieren wollte. Wie stellen Sie sich denn die Dauer der Verhandlungen vor? Das besetzte Gebiet kann nicht noch einmal Verhandlungen von vier Monaten aushalten.

Wer die Gesetze ablehnt, hindert die Befreiung der Räumung des besetzten Gebietes.

Er stürt die Kräfte in Frankreich und Belgien, die erklären, daß die Befreiungsrufen noch nicht zu laufen begonnen haben. Die Gegner der Gesetze hindern die Aufhebung der Regie, die Heimkehr der Gefangenen und der Ausgewiesenen. Sie führen die Bewüstung der Reichs-, Staats- und Gemeindefinanzen herbei, sie bringen die Gefahr neuer Inflation. Sie legen die Rheingebiete der Gefahr neuer Requisitionen, Sanktionen, Erpressungen, neuer separatistischer Abenteuer aus. Die Gegner der Gesetze führen neue Produktionsstörungen herbei, vermehren Arbeitslose und Kurzarbeiter zu Millionen, zu neuen Hungererzügen. Die Gegner der Gesetze verhindern eine in den Grenzen des Vernünftigen gehaltene Aufwertung.

Ihre Politik besetzt uns nicht von den Laffen, sondern legt uns noch schärfere Lasten auf.

Das wollen wir verhindern. Darum sagen wir: Wenn in den nächsten 24 Stunden die Gegner der Gesetze nicht zur Besinnung kommen, dann muß das Volk ausgerufen werden an die Urne. Wir sagen dem Volke: Nun steht das Volk vor einer der entscheidenden Schicksalsfragen. Wir treten vor die Massen mit dem Willen, ihnen Arbeit und Brot zu verschaffen. Unser nächstes Ziel ist es, daß endlich jeder, der Arbeit will, Arbeit findet zu einem Lohn, der kulturwürdiges Leben schafft.

Wir fordern das Volk auf, mit uns den Weg zu gehen zur nationalen Freiheit, der nur führt auf dem Wege der Erfüllung.

Wir verteidigen die Zukunft und die Freiheit der deutschen Nation gegen die Deutschnationalen. (Beifall.)

Wir verteidigen die stolze Tradition und die hohe Kultur der deutschen Arbeiterbewegung gegen die von rohem Selbstgefühl erfüllten Kommunisten. Wir schaffen der sozialistischen Entwicklung freie Bahn gegen die verbündete ökonomisch-kommunistische Reaktion, gegen die Front von Lubendorff und Rath. Hinweg mit diesem Reichstag, das deutsche Volk will es! Wir kämpfen für den Frieden Europas, für Deutschlands Aufstieg, für neue Kraftströme der Arbeiterklasse, für Deutschlands künftige Freiheit! (Stürmischer Beifall, erregte Zurufe.)

Nach Dr. Brauns sprachen noch die Minister Stresemann und Luder.

So hat man den berühmten roten Faden der Handlung, die für Bostlich: gut ist. Das Stärkste, Frischeste, Natürlichste und Fröhlichste in den 45 Bildern sind die 16 Empiro Stris, die ihre Beinhaken werfen wie ein einziges Rädel, sind die kleinen Soldaten auf der Spielboje, sind die Operettenszenen, die in einem aufgeschlagenen Buch zu unsterblichen Klängen plastisch gezeigt werden sind die weichen, ausdrucksvollen Bewegungen der Die mit Zeitl. Andere Tänzer und Tänzerpaare verdrängten den Kunststanz mit Akrobatik. Im ganzen also eine Revue, reizend für das Auge. Das Ohr, das Gehörn sind zu wertvolleren Sinesorganen gemacht. Haller hat sich aus Amerika famose Trias, Beine, Beleuchtungen geholt, aber eine Berlinische Revue hat er dort nicht geschaffen. Wir sind so anpruchsvoll, uns die Zeiten und Einfälle Julius Freundes zurückzuwünschen. Der neue ausländische Import genügt uns nicht ganz; zur Saure gehört auch der Braien. Dem ungeheuren Fleiß und dem hochachtbaren Irenischen Niveau gilt unser ungeteiltes Lob. Haller-Anfang ist schwer. R. S.

Ein Denkmal des Matterhorn-Besiegers. Ein Denkmal des berühmten englischen Bergsteigers Edward Whymper soll in Zermatt errichtet werden zur Erinnerung an die erste Besteigung des Matterhorns am 13. Juli 1865. Dies Denkmal erinnert zugleich an einen der bedeutendsten Siege des Alpinismus und an eine schicksalhafte Katastrophe, bei der die Begeiter von Whimper, Lord Douglas, Charles Hudson, Mr. Hadow sowie zwei Führer ihr Leben verloren. Man hat nie einwandfrei festgelegt, ob das Seil zerriß oder zerschnitt wurde. Nach der Erzählung Whimpers wurde die Katastrophe dadurch verursacht, daß Hadow beim Abstieg nach der Eroberung des Matterhorns an den Führer Richard Gray stieß und tiefes dabei aus dem Gleichgewicht brachte. Beide stürzten den Bergabhang hinunter und rissen die anderen mit sich. Whimper und der berühmte Führer Laugewader stemmten sich mit aller Gewalt gegen den Boden, um den Fall aufzuhalten, aber das Seil war zwischen Laugewader und Lord Douglas nach, so daß nur Whimper und der Führer gerettet wurden, während die anderen in den Abgrund stürzten.

Die Genossenschaft Deutscher Bühnengehöriger veranstaltet am Mittwoch, den 3. Sept., im Ullensack ein Gartenfest zum Besten ihrer Wohlfahrtskassen. Das Bühnen-Orchester unter Generalmusikdirektor Leo Bloch und zahlreiche erste Künstler wirken mit. Mit dem Fest verbunden ist eine Tombola, ein Kabarett und die Verteilung von wertvollen Geschenken, darunter ein komplettes zweistöckiges Landhaus.

Zur Sicherung der Göttinger Händel-Opern-Festspiele, die seit 1920 herrlich über Opern Händels den Theatern des In- und Auslandes wiedergemommen haben, hat sich eine Gemeinde der Händel-Festspiele gebildet, die möglichst einen Zusammenstoß aller Händelreuebeiwes bewerkstelligt. Die Göttinger Händel-Opern-Festspiele, Theater Nr. 23.

Anatole France, der 82-jährige, der sich augenblicklich auf seinem Landgut bei Brive-la-Gaillarde befindet, ist an einer Erkrankung erkrankt. Sein Befinden gibt zu Besorgnissen Anlaß.

Eine Schauspielschule für Arbeiter in Moskau. Das Moskauer Theater „Die Revolution“ hat für Arbeiter eine Schauspielschule errichtet. Früher in den Grundelementen der dramatischen Kunst werden die Schüler in der Darstellungskunst unterrichtet. In den vom Theater aufgeführten Stücken wirken sie dann mit.

Die Enthaltamen. Bazille und Deutheuer.

Bei der gestrigen Abstimmung über das Eisenbahngesetz wurde eine Simmenthaltung festgestellt. Wer war der Mann, der so tapfer sich vor der Entschiedenheit drückte? Es war Herr Bazille, deutschnationaler Abgeordneter und württembergischer Ministerpräsident! In der letzteren Eigenschaft hat Bazille sich ausdrücklich für Annahme der Gutachten ausgesprochen. Als Abgeordneter enthielt er sich der Stimme, um seine Fraktionsfreunde nicht zu verlegen. Herr Deutheuer, der thüringische Staatsminister von Dinters Gnaden und Fraktionsgenosse Stresemanns, hatte es vorgezogen, zur Sitzung überhaupt nicht zu erscheinen. Wahrscheinlich war er wieder ebenso „auf Urlaub“, wie bei der Verfassungsfeier in Weimar.

Zum Potsdamer Kommunistenattentat.

In Potsdam war gestern das Gerücht verbreitet, die verhafteten Potsdamer Kommunisten, die in die Voruntersuchung über das geplante Attentat am Tage der Denkmalsweihe des Garderegiments verstrickt sind, seien aus der Haft entlassen worden. Ebenso seien eine Anzahl Berliner Kommunisten auf freien Fuß gesetzt worden. Es gewinnt den Anschein, als seien die Kommunisten rechtsradikalen Spitzeln auf den Leim gegangen. Wie wir erfahren, entsprechen diese Gerüchte nicht den Tatsachen. Die Leute, bei denen die Bomben gefunden wurden, bleiben in Haft. Enthäft wurden lediglich drei Personen, die nicht zum Kreis der Täter gehören, da gegen sie ein Verdacht nicht vorliegt und die Sachlage genügend geklärt ist. Das Verfahren, auch gegen sie, geht weiter. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß es den verhafteten Kommunisten mit dem Attentat ernst war. Spitzel kommt nicht in Frage.

Die Erzbergermörder und ihre Beschützer.

Die Antwort der ungarischen Regierung auf die deutsche Auslieferungsnote.

Budapest, 28. August. (U.) Die deutsche Gesandtschaft erhielt gestern die Antwort der ungarischen Regierung auf die deutsche Note, in welcher die Auslieferung Schulzes und Lillessens verlangt wird. Bezüglich Schulz weist die ungarische Regierung darauf hin, daß das normale Auslieferungsverfahren sich im Gange befindet und erklärt, daß die deutsche Gesandtschaft seinerzeit von dem Ergebnis des Verfahrens verständigt werden wird. Bezüglich Lillessens erklärt die ungarische Regierung, daß die Nachforschungen behufs Verhaftung Lillessens mit „voller Energie“ geführt werden. Der Abg. Julius Gömbös, in dessen Villa sich belagert die Erzbergermörder aufhielten, erschien gestern in Begleitung des Abg. Main bei der Staatsanwaltschaft und ersuchte, ihm eventuelle Wünsche des verhafteten Schulz, die sich auf Kleidung oder Befestigung beziehen, bekanntzugeben. Die beiden Abgeordneten seien bereit, diesen Wünschen nachzukommen. Main stand seit längerer Zeit in Verbindung mit den bayerischen Nationalsozialisten und war das Verbindungsglied zwischen der deutschen und der ungarischen Bewegung. Schulz sowie die angeblichen Schneider und Wäcker wandten sich nach ihrer Flucht aus Deutschland an den Abg. Main mit der Bitte, ihnen in Ungarn ein Asyl zu verschaffen. Die beiden deutschen Kriminalbeamten reisten heute nach Berlin zurück, da sie ihre hiesige Tätigkeit abgeschlossen haben, nachdem sie das Protokoll, das nach der Konfrontierung aufgenommen wurde, unterschrieben haben.

Garantievertrag statt Militärgewalt.

Paris, 27. August. (Eigener Drahtbericht.) Das Problem der französischen Sicherheit, das seit der Londoner Konferenz und im Hinblick auf die bevorstehenden Verhandlungen des Völkerbundes gegenwärtig wieder im Vordergrund der öffentlichen Diskussion steht, behandelt die „Information“ in folgenden vernünftigen Ausführungen: Man müsse bei den Garantien für die französische Sicherheit unterscheiden zwischen denjenigen, die sich erst in einiger Zeit verwirklichen lassen, die aber jedenfalls den Vorzug hätten, endgültiger Natur zu sein. Vor allem dürfe man nicht den scheinbaren Sicherheiten trauen, die zur Grundlage jener Uebergangstruppen hätten, denen Frankreich seine Siege zu verdanken habe und die auf einem Komplex von politischen und diplomatischen Umständen aufgebaut seien, für deren Dauer Frankreich keinerlei Gewähr habe. Zu den Illusionen dieser Art habe die militärische Besetzung des Ruhrgebietes gehört, obwohl die militärischen Sachverständigen ihr niemals irgendwelche Bedeutung beigemessen, sondern im Gegenteil die größten Bedenken gegen die stark opponierten Stellungen der sehr erheblichen französischen Streitkräfte gehabt hätten, die im Falle eines bewaffneten Konflikts so schnell wie möglich hätten zurückgenommen werden müssen. Auch die Besetzung des linken Rheinuferes stelle keineswegs eine dauernde Garantie für die Sicherheit Frankreichs dar. Denn nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages wäre sie gerade in dem Augenblick auf, wo Deutschland anfangs, wieder gefährlich zu werden. Frankreich würde einen schweren Fehler begehen, wenn es deshalb nach neuen Vorwänden suchen wollte, um die Räumung dieser Gebiete um ein paar Monate hinauszuschieben. Was nun tue, sei vielmehr, diese Scheingarantien durch ein wirklich dauerhaftes und wirksames System zu ersetzen. Garantien dieser Art könnten aber nur auf Grund der engsten Zusammenarbeit mit allen Völkern, die an der Aufrechterhaltung des europäischen Friedens interessiert seien, gefunden werden, d. h. in einem gegenseitigen Garantievertrag und der Uebernahme der militärischen Ueberwachung Deutschlands durch den Völkerbund.

Der geschlagene Poincaré.

Paris, 28. August. (Eco.) Die „Ere Nouvelle“ zieht nochmals die Bilanz der Aussprache im französischen Parlament über die Londoner Beschlüsse und schreibt: Die Parlamentarier sind mit einem republikanischen Erfolge beschloffen worden. Die Reaktion hatte ihre letzten Hoffnungen auf den Senat gesetzt, wo Poincaré bereits seit langen Jahren führt, aber der Senat hat Herriot sein Vertrauen ausgesprochen. Der ehemalige Chef der Regierung hat nicht verstanden, daß man nicht die ganze Kraft der Welt in den Rahmen von Paragraphen einspannen kann, die doch nur Wert für eine beschränkte Zeit haben. Der „Quotidien“ schreibt unter der Ueberschrift: „Beute, die die anderen in den Tod schicken“: In der Kammer schimpfen auf Befehl Poincarés seine Offiziere und seine Truppen gegen die Vereinarbeitungen von London. Im Senat hat sich dagegen Poincaré selbst müde der Abstimmung enthalten. Das „Devoir“ schreibt: Poincaré hat geschlagene fünf Stunden gesprochen, dann hat er sich der Stimme enthalten. Er hatte also gesprochen, um nichts zu sagen.

Brauselimonade.

Sie und wieder hört man die Behauptung, daß die Brauselimonade aus Fruchtäther hergestellt werde, dessen Ursprung Steinkohlenteer sein sollte. Nur die allerwenigsten Brauselimonaden enthalten jedoch Fruchtäther. Er findet besonders bei der Bonbonfabrikation Anwendung, stammt im übrigen nicht aus Steinkohlenteer, sondern wird aus Spirit unter Zusatz verschiedener Säuren hergestellt. Fast durchweg werden die Brauselimonaden aus natürlichen Essenzen erzeugt, die auf dem Wege der Destillation aus frischen Früchten, z. B. aus Himbeeren, Zitronen usw. gewonnen werden. Das Hilfsmittel, um das Aroma der frischen Früchte festzuhalten, ist der Spirit, der mit frischen Himbeeren, Zitronenschalen usw. angelegt und nach einer gewissen Bearbeitung abdestilliert wird. Die in den natürlichen Früchten befindliche Säure, die beim Destillieren meist mit gewonnen werden kann, wird den Brauselimonaden wieder zugelegt, indem nämlich Weinsäure, Weinsäure oder Zitronensäure dem herzustellenden Getränk beigelegt wird. Diese Säure bildet in den Fruchtäthern wie auch in den künstlichen Brauselimonaden den hauptsächlichsten Geschmack. Die zugelegten Säuren in den Brauselimonaden sind sämtlich Naturerzeugnisse, keins von ihnen kommt aus Steinkohlenteer. Der in den Limonaden enthaltene lösliche Farbstoff, der allein einen Anreiz für das Auge bieten soll, ist allerdings meistens aus Anilinfarben hergestellt. Diese Farben werden jedoch in so geringem Maße verwendet, daß irgendeine Wirkung weder geschmacklich noch im Aroma eintritt. Er ist vollkommen giftfrei und unschädlich. Wenn in den Limonaden, besonders in den Kriegsjahren die Brauselimonaden nicht mehr den Anklang gefunden haben wie in früheren Zeiten, so ist das darauf zurückzuführen, daß an Stelle des Zuckers Saccharin verwendet werden mußte, wodurch die Brauselimonade häufig einen widerlichen Geschmack erhielt. Wollte man zu Brauselimonaden natürliche Fruchtäther oder besser Fruchtgruppen — das sind mit Zucker eingedickte Fruchtstücke — nehmen, so würde man sehr schnell ein vollkommen unannehmliches, trübes und fadiges Getränk erhalten, denn die in dem Sektwasser enthaltene Kohlensäure zerlegt die Farbstoffe des Fruchtäthers. Wollte man Fruchtgruppen mit Sektwasser direkt mengen, so würde auch hier kein reiner Geschmack vorhanden sein, da in dem Sektwasser Salze enthalten sind, die sehr störend wirken. Auch Vitareffengen sind niemals aus Steinkohlenteer gewonnen, sondern werden je nach Verwendungsart außerordentlich sorgfältig aus Kräutern und ätherischen Ölen, die wiederum aus Kräutern und Drogen gewonnen werden, erzeugt. Man soll sich also deshalb in Zukunft nicht davon abhalten lassen, Vitare, Brauselimonaden usw. zu trinken, denn die verwendeten Stoffe sind durchaus rein und haben mit Steinkohlenteer oder anderen chemischen Erzeugnissen nichts zu tun.

Das Ende einer völkischen Bank.

Ueber 10 000 Sparer um ihre Einlagen gekommen?

Gelbige Ueberblätter brachten erschreckende Mitteilungen über den völligen Zusammenbruch des Bankhauses Wills Bruh in Wilmersdorf, Brandenburger Straße, am Fehrbelliner Platz. Danach soll sich die Ortsgruppe Wilmersdorf der Nationalsozialistischen Freiheitspartei schon vor längerer Zeit mit einem Rundschreiben an ihre Mitglieder und Gesinnungsfreunde gewandt und sie veranlaßt haben, dem genannten Bankgeschäft ihre Einlagen anzuvertrauen. Daraufhin sollen nicht weniger als 14 000 Einzahlungen, in der Hauptsache von kleinen Gewerbetreibenden, Geschäftleuten und Beamten erfolgt sein, die jetzt restlos verloren sind, da überhaupt keine Kontenmasse vorhanden ist. Es ist dringend notwendig, daß über diesen Zusammenbruch, der so viele kleine Ersparnisse dem Elend überliefert, restlose Klarheit gegeben wird. Es scheint, daß hier der Staatsanwalt am Werke wäre.

Wie zu erwarten, hat die Nachricht von der Zahlungsunfähigkeit des Wilmersdorfer Bankhauses Wills Bruh in den Kreisen der betroffenen zahlreichen, größtenteils kleinen Deuten ungeheures Aufsehen und größte Erbitterung erregt. Die letztere wird sich noch wesentlich steigern, wenn die Hubschiff von dem Zusammenbruch und vor allem von der struppelosen Art und Weise, mit welcher der Leiter des Bankhauses und seine Helfershelfer den vertrauensvollen und allerdings auch spekulationslustigen kleinen Deuten das Geld aus der Tasche gezogen hat, erst weiter bekannt geworden sein wird. Heute schon am frühen Morgen fanden sich Leidtragende in Scharen vor dem Gebäude Brandenburger Straße 69 am Fehrbelliner Platz ein, um den Versuch zu machen, ihre Ersparnisse zu retten. Aber enttäuscht blieben sie vor der Eingangstür stehen, da ihnen von einem Anschlag das Wort „Geschlossen!“ die Befestigung der Gerichte zeigte. Die für die Außenstehenden rätselhafte Geduld der Angestellten des Bankhauses mit ihren seit einem Vierteljahr rückständigen Gehältern erklärten die Angestellten damit, daß Wills Bruh ihnen allen bevorzugte Forderungen und große Außenstände vorgezogen habe. So gelang es ihm, monatelang sowohl seine Angestellten, wie auch zahlreiche Kunden zu beruhigen. Wurden von den letzteren einige ungeduldig oder roh, dann wies er selber sie darauf hin, daß sie ja zur Kriminalpolizei gehen könnten. Die allgemeine Beschäftigung sei eben jetzt trübe und dafür könne er auch nichts. Die Behörde werde ihnen ihr Geld auch nicht verschaffen. Die Angestellten, sowohl wie die anderen Sparer werden, da außer dem Cadaververtrag keinerlei Masse vorhanden ist, vollkommen leer ausgehen, und zwar, weil kein Konkurs eröffnet ist und somit auch nicht einmal bevorzugte Forderungen geltend gemacht werden können.

Zeugenvernehmung im Fall Krüger.

Durch die Veröffentlichungen in der Presse und durch die weiteren Bemühungen der Kriminalpolizei ist es nun gelungen, noch mehrere Zeugen herbeizuschaffen, die Aussagen über die des Rades an ihrem Ehemann Verdächtige Frau Krüger gemacht haben. U. a. hat sich auch ein in Berlin wohnender Schlächtermeister gemeldet, der im Jahre 1915 bei dem damaligen Ehepaar Dedel als Landsturmann im Quartier lag. Er will, wie der Polizeibericht sagt, mit der jetzigen Frau Krüger, damals Frau Dedel, ein Liebesverhältnis angeknüpft haben. Der Zeuge bekundete folgendes: Eines Tages jagte ihm Frau Dedel, daß sie von ihm ein Kind erwarte und deshalb aus Sonnenburg auf einige Zeit verschwinden müsse. Frau Dedel verreise auch nach Hamburg, und während ihrer Abwesenheit erfahre der Zeuge zufällig, daß der alte Dedel eines Tages ein Telegramm folgenden Inhaltes bekommen habe: „Gratuliere Dir, Papagen, ein kräftiger Junge, Mariachen.“ Das sagte den Soldaten in Erstaunen, zumal er selbst einige Tage zuvor aus Berlin von Frau Dedel die Nachricht erhalten hatte, daß er ebenfalls Vater eines Knaben geworden sei. Um der Sache auf den Grund zu gehen, ließ er sich Urlaub geben und fuhr nach Berlin. Er suchte sofort seine Geliebte in der Wohnung ihrer Freundin auf und fand hier mehrere Mütter mit Säuglingen auf den Armen. Die eigentümliche doppelte Vaterchaft fand jetzt ihre Erklärung. Frau Dedel hatte unter dem Namen ihrer Freundin ein Infanzat erlassen, in dem sie einen etwa 8 bis 14 Tage alten Knaben diskreter Geburt mit blondem Haar und blauen Augen suchte, um ihn an Kindesstatt anzunehmen. Sie wollte auf diese Art einmal dem Liebhaber Geld entlocken und zweitens ihren alten Ehemann dazu veranlassen, das erste, zugunsten seiner Verwandten gemachte Testament ungestoßen und sie, wie er es ihr versprochen hatte, auf Grund ihrer Mutterchaft als alleinige Erbin einzusetzen. Ein anderer Zeuge konnte eigentümliche Aussagen über den Tod des alten Mannes machen. Demnach hatte Dedel schon längere Zeit über Schmerzen im Magen und heftiges Leibweh geklagt. Infolge seines Uebelbefindens war

er belläugelig. Eines Tages befuhrte ihn der Zeuge und der Kranke befragte sich ihm gegenüber, daß seine Frau sich gar nicht um ihn kümmere. Kriminalkommissar Zettin führt die weitere Zeugenvernehmung noch fort.

Blumenstrauß und Armeerevolver.

Tragikomischer Ausgang einer Liebeswerbung.

Große Aufregung unter den Hausbewohnern des Hauses Aniprodstraße 4 erregte gestern abend die etwas stürmische Liebeswerbung des 22jährigen Schloßers Bruno S. Er hatte mit der 18 Jahre alten Else K., die in diesem Hause wohnt, eine Liebeslei angeknüpft. Seine Werbung war bei den Eltern des Mädchens nicht gern gesehen. Da er aber glaubte, daß er ohne „sie“ nicht leben könnte, wollte er gestern abend noch einmal sein Heiß versuchen und rüstete sich zu dem Gange nicht nur mit einem Blumenstrauß, sondern auch mit einem Armeerevolver aus, um für alle Fälle versehen zu sein. In späterer Abendstunde klingelte er an der Tür seiner Liebsten. Man war über den unerwünschten Werber, der noch dazu zu so außergewöhnlicher Stunde erschien, erobert und schlug ihm die Tür vor der Nase zu. Als er seine Liebesgestühle so mit Füßen getreten sah, warf er den Blumenstrauß in die Ecke und gab mehrere Schüsse auf die Tür ab. Dem aus der Wohnung ersckallenden Lufschrei deutete er dahin, daß er seine Braut tödlich getroffen habe. Er schleuderte die Waffe zu dem Blumenstrauß in die Ecke und flüchtete. In der Wohnung glaubte man wieder den jungen Mann vor der Tür erschossen aufzufinden. Hausbewohner, die auf die Schüsse herbeieilten, beobachteten Einisch, man öffnete und fand nur Blumenstrauß und Revolver. Der unglückliche Liebhaber irrte planlos in den Straßen umher und stellte sich dann auf dem 88. Polizeirevier. Hoffentlich geht man wegen der Unstetigkeiten mit dem stürmischen Liebhaber nicht allzu scharf ins Gericht, zumal niemand zu Schaden gekommen ist.

Gegen die Brotwucherer!

Zu einem wirkungsvollen Auftakt zu den kommenden Reichstagswahlen gestaltete sich die äußerst gut besuchte öffentliche Frauenversammlung in der Rindbrauerei Neutölln, Hermannstraße, in der gestern abend die Reichstagsabgeordnete Genossin Bohm-Schuch über die neue Zollvorlage sprach. Die Referentin streifte zunächst die überaus bedauerlichen Vorgänge der gestrigen Reichstagsführung, wo die Hausfrauen der Reichstagsabgeordneten, die Kommunisten, alles versuchten, um sich um die Verantwortung der Annahme der Gutachten zu drücken. In überaus klarer, einfacher und verständlicher Weise erklärte die Gen. Bohm-Schuch den anwesenden Frauen die Gefahren der neuen Zollvorlage. Daß die Kommunisten bis jetzt noch kein Wort gegen die Vorlage gesagt haben, sondern nur die Sozialdemokratie im voraus verantwortlich machen, wenn der Zoll schief wird, ist ein schon zu bekanntes Manöver dieser Brügelhelden. Um so mehr wird unsere Fraktion, auch wenn der Reichstag nicht aufgelöst werden sollte, auf dem Posten sein. Wird der Reichstag aufgelöst, was unser größter Wunsch ist, muß es die besondere Aufgabe der Frauen sein, den Kampf für billiges Brot, gegen die unsozialste Kopfsteuer in schärfstem Maße zu führen. Der Plan der Großhändler, und nur um solche handelt es sich, muß doch der kleine Landwirt indirekt selbst unter der Steuer leiden, ist geradezu ein teuflisches System, um die arbeitenden Klassen noch mehr als bisher in ihrer Lebenslage herabzudrücken. Unter stürmlichem Beifall schloß die Referentin: Es muß ein Aufbäumen durch die Volksmassen gehen, damit diese unerhörten Forderungen der Großhändler zurückgemacht werden. Frauen heraus zum Kampfe für eure und eurer Kinder Zukunft.

Die deutschen Jugendherbergen, Zweigausschuß Karl Brandenburg, deren 1. Vorsitzender Oberbürgermeister Böß ist, versenden eine Einladung zur Einweihung der neu errichteten Jugendherberge in Lindow am 31. August. Neuestens bestanden wird es, daß auf dem sozusagen amtlichen Formular der Berliner Geschäftsleitung der deutschen Jugendherbergen nicht nur die besagte Einladung, sondern auch noch die Einladung zur Teilnahme an einem sogenannten Märkischen Wandervertag enthalten ist, der von einem höchst privaten Wanderverein veranstaltet wird. Die Sache der Jugendherbergen geht die gesamte Jugend ohne Anfechtung der Parteien an und es muß dringend darum erachtet werden, daß deren Ankündigungen mit dem Namen des Oberbürgermeisters an der Spitze mit keinerlei Kellame für private bürgerliche Vereine verquid werden.

Reifungsvoorfürungen zeigt am Freitag abend pünktlich 6 Uhr an der Thielenbrücke und an der Willdenbrücke in Neutölln der Schwimmverein Fortwärts, Abteilung Neutölln. Im Anschluß daran um 7 Uhr auf dem Herbergplatz Trodenschwimmübungen.

Englischer Unterricht. Anfang September beginnen neue Anfängerkurse für Kinder von 12-14 Jahren (nachmittags) und für Erwachsene (abends) bei Genossin Heß, E. 50, Spichernstr. 16, Gartenhaus. Anmeldungen dort täglich von 6-8 Uhr. Auch schriftlich.

Jugendweiche Neutölln. Die Unterrichtsstunde am Freitag, den 29., fällt aus und wird am Dienstag, 2. September, nachmittags 4 Uhr, in der Aula Donaustraße fortgesetzt. Anmeldungen zur Jugendweiche werden in dieser Unterrichtsstunde und im Sekretariat, Redenstr. 8, noch entgegengenommen.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Kriegerverwundeten, Ortsgruppe Schöneberg. Vollerversammlung im Lindenpark, Schöneberg, Hauptstraße 13, am Freitag, den 29. August 1924, abends 8 Uhr.

Großer „Republikanischer Tag“ in Mannheim. Am 27. und 28. September veranstaltet das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Mannheim einen großen „Republikanischen Tag“ für ganz Süddeutschland, woran Zehntausende ehemaliger Frontsoldaten aus allen Gauen Deutschlands und Deutschösterreichs sowie der besetzten und verloren gegangenen Gebiete teilnehmen werden. Die Veranstaltung ist verbunden mit der Enthüllung eines Denkmals für den gefallenen republikanischen Reichstagsabgeordneten Dr. Ludwig Frank-Mannheim. Sonnabend: Delegiertentag, Empfang der mittels Sonderzüge eintriffenden auswärtigen Gäste, abends großer Festakt im Ridelungenaal mit gleichzeitigen Parallelsitzungen in anderen großen Sälen der Stadt, wobei eine Anzahl bedeutender Republikaner und republikanischer Generale sprechen werden. Hierauf Fackelzug. Sonntag: Am Vormittag Denkmalsenthüllung, nachmittags kameradschaftliches Beisammensein im Ridelungenaal mit hochwertiger künstlerischer Darbietungen. Das Reichsbanner bittet alle republikanischen Frontsoldaten mit Familienangehörigen, sich zahlreich zu beteiligen.

Verdächtigster Straßenbahnzusammenstoß in Leipzig. Am Mittwochabend stießen vor dem Hauptbahnhof zwei Straßenbahnwagen mit voller Wucht zusammen. Von den Fahrgästen wurden 13 Personen mehr oder minder schwer verletzt.

Schnitzed eines deutschen Alpkisten. Wie aus Trient gemeldet wird, ist der deutsche Alpinist Wilhelm Harimann aus Mannheim bei der Befestigung des sogenannten Oberen Turmes erstoren, als er mit zwei Gefährten vom Schneesturm überrascht wurde. Seine beiden Freunde konnten die Hütte noch lebend erreichen.

Beim Kantern eines Fallbooles ertrunken. Bei einer Fahrt auf der Salzburger Seilbahn, wie aus Salzburg gemeldet wird, ein Fallboot an der Reusen Eisenbahnbrücke. Von den beiden Insassen wurde die Kontoristin Martha Frejow aus Hamburg als Leiche gefunden. Ihr Begleiter, dessen Name noch nicht bekannt ist, konnte noch nicht geborgen werden.

Gewerkschaftsbewegung

„Wir wollen sie an uns fesseln“.

Wir — die Deutschnationale Volkspartei!

Den Kriegshehnen und Kriegsverlängerern hat die deutsche Arbeiterschaft all die Not und das Elend zu verdanken, das über sie herabgebrochen ist. Die materielle Not führte naturgemäß auch zu geistiger Not, wochen- und monatelange Arbeitslosigkeit brachte viele Arbeiter zur Verzweiflung. Die Kommunistische Partei suchte zunächst diese Verzweiflungssituation für ihre Zwecke auszunutzen und hatte darin ebenso rasche wie vergängliche Erfolge zu verzeichnen. Jetzt aber hält die Partei der Kriegsverlängerer, die Partei der Kriegsgewinner, die Partei der notorischen Volks- und Arbeiterfeinde, die Zeit für gekommen, die Not der Arbeiter, die sie hauptsächlich mitverschuldet hat, zu mißbrauchen.

Wie das gemacht wird, wie die Deutschnationale Volkspartei im Trüben zu fischen sucht, das geht aus dem folgenden Rundschreiben an die Industriellen hervor:

Berlin W. 9, den 18. August 1924.

Schellingstr. 1.

Euer Hochwohlgeboren!

In den weitesten Kreisen der Arbeiterschaft bricht sich die Erkenntnis immer mehr Bahn, daß mit der aufgehenden Kampfweise der roten Gewerkschaften nur dem Vorteil der dazu angestellten Führer, nicht aber den eigentlichen Interessen der Arbeiterschaft gedient wird. Aus diesem Grunde lehnen große Massen dieser Organisationen den Rücken und kommen täglich zu uns in der Hoffnung, in unseren Reihen das zu finden, wonach sie sich sehnen, nämlich Ruhe und ungestörte friedliche Arbeit. Sie haben es satt, sich für die politischen Ziele ihrer Führer mißbrauchen zu lassen und sind von den unerfüllbaren kommunistischen Ideen gründlich kurieret. Wir haben es uns nun zur Aufgabe gemacht, diesen Volksgenossen, die bei uns Rat und Tat suchen, zu zeigen, daß es die DNVP ist, die gerade für die Arbeiterschaft das echte soziale Verständnis hat. Wir wollen sie an uns fesseln. Wir wollen ihnen Arbeit und Brot verschaffen, sie dahin bringen, gemeinsam mit dem Arbeitgeber in friedlicher Arbeit an dem Wiederaufbau unseres zerrütteten Wirtschaftslebens mitzuwirken. Nicht durch sinnlose, wirtschaftszerstörende Streiks, sondern durch ehrliche friedliche Verhandlungen von Mund zu Mund sollen Meinungsverschiedenheiten ihre Erledigung finden. Das sind die Aufgaben, die wir uns gestellt haben, und die wir erfüllen wollen und müssen.

Schwer ist die Arbeit, die wir auf uns nehmen, so schwer, daß wir um Ihre geschätzte Hilfe ebenso dringend wie herzlich bitten. Helfen Sie uns an dem großen nationalen Werk. Nicht durch finanzielle Unterstützung, nein viel wirksamer kann uns geholfen werden, wenn Sie Ihren Bedarf an Arbeitskräften bei uns decken. Seien Sie versichert, daß es unser Bestreben sein wird, Ihnen nur ausgesuchte, wahrhaft nationale und tüchtige Leute zu senden. Schaffen Sie Stellen für die nationale Arbeiterschaft, dann ist der Sieg unser. Kopf- und Handarbeiter stehen jederzeit zur Verfügung.

In der Hoffnung, bei Ew. Hochwohlgeboren recht bald wohlwollende Berücksichtigung unserer Bitte zu finden, zeichnen wir uns mit vorzüglicher Hochachtung

i. A. des Deutschnationalen Arbeiterbundes

Landesverband Potsdam II

gez.: Graf Westarp,
R. d. N., L.-V.-Vorstand.

gez.: Wagner,
Arbeiterleiter.

Hat etwa die Deutschnationale Volkspartei noch am 18. August mit der Ablehnung des Sozialistischen-Entschlusses gerechnet und den daraus folgenden Betriebsstillegungen, mit riesiger Steigerung der Arbeitslosenziffern? Wenn den Kreisen, die dieser Partei nahesteht, es nicht als das Hauptstück der ganzen Weltordnung gelten würde, daß die Arbeitnehmer nur zu dem Zweck in die Welt gesetzt sind, um sich von ihnen nach Strich und Faden ausbeuten und je nach Belieben aufs Pflaster werfen zu lassen, dann wäre eine solche Spekulation unmöglich. In den Augen der Arbeiterschaft ist eine größere Schürze in kaum denkbar als die, die Kollage der Arbeiter zu mißbrauchen, um sie zur Besinnungslumperei zu zwingen. Die Industriellen sollen den Herrschaften dabei helfen!

Solche feindschändlichen Pläne könnten aber selbst bei der Brotwucherpartei nicht erst aufkommen, wenn die Arbeiterschaft Mann um Mann, Frau um Frau, geschlossen organisiert wäre. Sorgen wir dafür, daß die ganzen Winkelarbeitslosenstellen das bleiben, als was sie gedacht sind, als Lumpen auf meißelnden, die jeder anständige Arbeiter, der arbeitslos geworden ist, wie die Pest meidet. Wer freigewerkschaftlich organisiert ist, hat auch als Arbeitsloser es nicht nötig, seinen geschworenen Gegnern seine Gefinnung zu verkaufen, um den Preis einer Arbeitsstelle mit langer Arbeitszeit und elendem Lohn.

Generalversammlung der Berliner Fabrikarbeiter.

Am letzten Sonntag hielt die Zahlreiche Groß-Berlin des Verbandes der Fabrikarbeiter ihre Generalversammlung für das 2. Quartal ab. Dem Bericht, den der 1. Bevollmächtigte W. Reimann erstattete, war zu entnehmen, daß die Lohnverhandlungen infolge der Krise und der sich daraus ergebenden Haltung der Unternehmer außerordentlich erschwert wurden. In einigen Fällen, so auch für die chemische Industrie, sah sich die Organisationsleitung veranlaßt, den tariflosen Zustand dem Angebot der Unternehmer vorzuziehen. Viele Unternehmer bezeichnen die schlechte Konjunktur, um unter Außerachtlassung der gesetzlichen Bestimmungen Entlassungen, vielfach auch von Betriebsratsmitgliedern, vorzunehmen.

Bezeichnend ist, daß gerade in den Betrieben, in denen zeitweise der Ueberbrotalismus eine beherrschende Stellung gehabt hat, die Unternehmer heute leichtes Spiel haben. Die Inflationsperiode hatte einen Mitgliederverlust gebracht. Doch es jedoch wieder vorwärts geht, geht daraus hervor, daß im letzten Quartal 868 neue Mitglieder aufgenommen wurden. Dieser Zuwachs wird allerdings durch die Fluktuation beeinträchtigt. Alle Funktionäre stehen in reger Euphorie für den Verband, um den verlorenen Boden wiederzugewinnen.

Die Unternehmer, die in ihrer Presse zu früh von „der Götterdämmerung der Gewerkschaften“ geschrieben haben, müssen heute sehen, daß die Gewerkschaften trotz ihrer Schwächung durch die Inflation wieder einen Damm gegen die Ausbeutungsgeißel bilden. Trotz Schiedssprüche und Hilfe des Arbeitsministeriums durch Verordnungen war es überall da, wo die Arbeiterschaft gut organisiert ist, möglich, den Achtstundentag zu halten. Die vom ADGB eingeleitete Aktion für die Volkshilfe über den Achtstundentag und die Unterzeichnung des Washingtoner Abkommens von jedem Arbeiter mit allen Mitteln unterstützt werden. Reimann forderte zu regem Umgeh der 20-Pfennig-Marken für die Abstimmungskosten auf.

Im inneren Bewusstseinsbetrieb mochten sich Umstellungen notwendig, da mit den der Zahlreiche zustehenden Mitteln auszukommen versucht werden muß, um die Zentrale für die zu erwartenden Kämpfe durch Ueberweisung größerer Geldmittel schlagkräftig zu machen. In der Diskussion verlangte Balle größere Intensität bei der Agitation, während Kämmerer namentlich auf die Bedeutung der Stärke der Gewerkschaftsbewegung auch für die in Vorbereitung befindliche Arbeitergesetzgebung hinwies. Sewerlow und Pasewer traten den Ausführungen Reimanns bei.

Sohnföhrung in der Krawattenbranche.

In der Krawattenbranche werden meist Heimarbeiterrinnen beschäftigt. Erst nach der Revolution gelang es dem Beldungsarbeiterverband, die Arbeitnehmer dieser Branche zu organisieren. In ihrer Versammlung am 22. August schilderte der Referent Behmann die bisherige Entwicklung, die mit dem Abschluß eines Tarifvertrages einsehle, der wesentliche Verbesserungen brachte. Das letzte Lohnabkommen im Mai 1924 galt bis 31. Juli und wurde vom Arbeitgeberverband gekündigt. Einzelne Lohnsätze seien nach Meinung der Arbeitgeber im Interesse der Konkurrenzfähigkeit im Ausland „revisionsbedürftig“. Der Arbeitgeberverband werde die Organisation entsprechende Vorschläge zugehen lassen. Statt der angekündigten Vorschläge fand die Arbeitgeberverband am 7. August ein Wadagebot, daß vom gleichen Tage ab die Löhne der Heimarbeiterrinnen um 5 Proz. gekürzt werden und drei weitere Positionen eingeführt werden, die als Stapelform gelten sollen. Alles in allem eine Sohnföhrung für die Heimarbeiterrinnen um 25 Proz. Weder Protest noch nachträgliche Verhandlungen brachten die Arbeitgeber von ihrem profitablen Beschluß ab. Die Versammelten brandmarkten diesen „Wirtschaftsbrutalster“ in einer einstimmig gefassten Entschöfung, die an die noch fernstehenden Arbeitnehmer der Branche appelliert, sich unerzählich dem Verband (Sebastianstr. 37/38) anzuschließen und die Filiale Berlin des Beldungsarbeiterverbandes beauftragt, für die Beibehaltung des bisherigen Tarifvertrages einzutreten.

Der Tarifstreit in der Musikinstrumentenindustrie.

In der gestrigen Funktionärsversammlung der Musikinstrumentenarbeiter berichtete Wagners für über den Stand der Lohnbewegung. Schon am Montag vor acht Tagen hatte die Branchenkommission beschlossen, den Tarifvertrag unter alten Umständen zu kündigen. Neben der Aufbesserung der Bezahlungs- und Werkzeugentföhdigung wurde eine 15prozentige Löhnerhöhung gefordert. Von den Arbeitgebern ist inzwischen ein Schreiben eingegangen, das ebenfalls die Kündigung ausspricht und eine Herabsetzung des Lohnes von 81 Pf. auf 68 Pf. verlangt. Gestern, Mittwoch, bespannen die Lohnverhandlungen. Die Arbeitgeber stimmten das alte Kogelied an, daß die Löhne im Reich niedriger seien und sie daher mit Abschwöhrigkeiten zu rechnen hätten. Sie könnten also in der gegenwärtigen Zeit keinen Pfennig zulassen. Schließlich schlugen die Unternehmer vor, daß beide Parteien die Kündigungen zurückziehen, so daß das bisherige Lohnabkommen stillschweigend weiterläuft.

Die Funktionärsversammlung beschloß nach einer regen Diskussion, diesen Vorschlag abzulehnen und die Branchenleitung zu beauftragen, neue Verhandlungen einzuleiten.

Konferenz der Arbeitsminister in Genf.

Paris, 28. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Arbeitsminister Englands, Deutschlands und Belgiens treten am 8. September in Genf zu einer Konferenz zusammen, um über eine Vereinbarung zur Durchführung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag zu beraten. Die hiesigen Blätter schreiben den alliierten Regierungen die Absicht zu, von Deutschland unter allen Umständen die strikte Durchführung der internationalen Abmachungen über die Organisation der Arbeit zu fordern.

Die Konferenz sollte erst in Kopenhagen, dann in Paris sein. Hoffentlich kommt ein vernünftiger Beschluß dabei heraus.

Schiedsspruch für die Bergbau-Angestellten.

In Dortmund wurde unter dem Vorsitz des stellvertretenden Reichskommissars Schönbel ein Schiedsspruch gefällt, wonach die Gehälter der Angestellten für die nordwestliche Gruppe im Bergbau nach den Sätzen vom 16. Februar bis auf weiteres beibehalten werden sollen. Die Angestelltenvertreter erklärten sich gegen diesen Schiedsspruch.

Ein Streik der Leipziger Straßenbahner hat heute morgen eingeleht, da die Lohnforderungen der Straßenbahner abgelehnt wurden. Der gesamte Straßenbahnverkehr liegt still. Am Sonntag beginnt die Herbstmesse.

Bei der Firma Böco, Bureaumöbelfabrik, in Trebbin, Kreis Teltow, sind Bohrdifferenzen ausgebrochen. Zugang ist fernzuhalten!

Der Streik auf dem Obst- und Gemüsemarkt in London hat jetzt eine ernste Wendung genommen. Der Generalsekretär der Transportgewerkschaften hat einen Befehl herausgegeben, daß die Transportgewerkschaften vorläufig kein Obst und Gemüse mehr für den Londoner Markt befördern sollen. Die Gewerkschaftsbeamten in den Häfen werden die Unterasschiffe dort einberufen, um den Arbeitgebern mitzuteilen, daß sie keinerlei Obstlieferungen weiterleiten würden, bis nicht die Arbeitgeber ihre Bereitwilligkeit zu Verhandlungen mit den Streikenden erklärt hätten.

Sport.

V. Rhön-Segelflug-Wettbewerb.

Fliegerlager Wasserluppe, 27. August. Obgleich das Wetter wirklich nicht als Flugwetter anzusprechen war, denn Sonne, Nebel, Wolken und Regen wechselten dauernd ab, herrschte ein recht lebhafter Fliegertrieb. Bis 5 Uhr nachmittags starteten 9 Segelflieger. Als zweiter heute nachmittags startete gegen 3 Uhr P. v. e. a. m. auf seinem Doppeldecker des DTP-Verbands und flog 340 Meter, „Margarete“ unter Otto flog um den Zielpreis und blieb 7 Meter vom Ziel an der Cube entfernt. B. r., der kürzlich mit seinem Eindecker (18 Meter Spannweite bei 16½ Quadratmeter Flügelinhalt) seinen ersten Sprung hier oben auf der Rhön gemacht hatte, startete heute zum Zielpreis, durchschloß das Ziel um 20 Meter. „Charlotte“ unter ihrem Führer Winter startete heute zum ersten Male. Dieser Segelflieger ist Eigentum der akademischen Fliegergruppe Charlottenburg, Eindecker mit Führerflügel vor den Flächen, hat Flügelsteuerung, 14½ Meter Spannweite bei 17 Quadratmeter Flügelinhalt. Hersteller ist Coblenz Flugzeugbau Berlin. Er landete glücklich. Ferner starteten zum ersten Male der Hängegleiter der Würzburger Arbeitsgemeinschaft, Doppeldecker bis 5,30 Meter Spannweite und 14 Quadratmeter Flügelinhalt. Die Steuerung geschieht durch Gewichtverlegung. Hersteller und Führer ist W. Belzner. Der Führerflügel ist hölzern und kurzflügelig. B. i. m. e. stieg mit seinem „Hahnd“ auf, sein Siemensmotor legte aus, der Gleitflug gelang ausgezeichnet. W. a. r. t. e. n. s. führte einen glänzenden Dauerflug auf seinem „Moritz“ aus, die gleiche Höhe 1¼ Stunde haltend, flog gleichmäßige Kurven von je 2 Minuten Dauer und landete vor seiner Halle. Lauter Beifall des zahlreichen Publikums wurde ihm zuteil. Den Nachmittag beschloß Otto auf „Margarete“ durch einen zweiten kurzen Flug, als starker Regen und Nebel der Segel ein Ende machte.

Bestandteil für Vollst.: Groß Reuter; Wirtschaft: Felix Salernus; Gewerkschaftsbewegung: Friede, Galan; Neuigkeiten: R. A. Döber; Solinas und Sonstiges: Fritz Barthold; Anzeigen: H. Glöck; Ähnlich in Berlin. Verlag: Bornhörs-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 1.



HEVITAN Vitamin-Nährpräparat
Prof. Dr. Reyher
Bewährt bei nervösen Störungen, Appetit- und Körpergewicht nehmen zu — Wachstumsfördernd bei Kindern und Säuglingen, bewährt bei Ernährungsstörungen derselben in Apotheken und Drogerien, sonst direkt von der
Sarotti-Akt.-Ges., Berlin-Tempelhof.

Am Freitag, den 29. August, eröffne ich **Schöneberg, Hauptstr. 157, I.,** mein 2. Geschäft in

Garderobe auf Teilzahlung

Der Not der Zeit Rechnung tragend, habe ich mich entschlossen, bei **kleinster Anzahlung und bequemsten wöchentlichen oder monatlichen Ratenzahlungen**

Herren-Anzüge, Cutaways, Tailormäntel * Damen-Kostüme, Kleider, Blusen
Herren-schlüpfer, Regenmäntel, Hosen * Damen-Röcke, Mäntel

in prima Qualität und bester Verarbeitung zu äußerst billigen Preisen zu liefern.

HEINRICH GEORG, Schöneberg, Hauptstr. 157, I., Berlin O., Andreasstr. 28, I.

Bei ausreichendem Ausweis wird die Ware sofort mitgegeben.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Wichtig: Verwaltungsmittel!
Die Sitzung der mittleren Ortsverwaltung findet am Freitag, den 29. d. M., 8 Uhr, im Hotel „Holl.“
Zur Wahl der Delegierten ist Nummer 30 bis 6 Uhr abends geöffnet.
Die Ortsverwaltung.

HOLZHÄUSER
von 500 Mk. an
Schuppen, Hallen, Geräben etc. liefert preiswert kurzfristig
Holzhausbau Littmann
F. 34, Lützowstraße 11/13
Berlin 1078/71

Ich verschenke
an meine Kunden in den Monaten August bis Dezember
Speise- u. Schlafzimmer, Küchen usw.
Diese Gegenstände sind bei der Firma **FECHNER & FREIDEL**, Möbelabrik, Neue Schönehauser Straße 2, ausverkauft. Ferner kommen 50 Preise à 10,- Mark zur Verteilung. Keine Einsendung irreführender Beiträge erforderlich. Kein Preisanschlag. Bedingungen unverbindlich im Laden.

Der gute Kapitän-Kautabak
ist in den meisten Tabakgeschäften erhältlich
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22. Kest. 2801

Volkskleidung! Hosen
für Sport, Beruf und Große
Mausfelle-Häutchen,
Zacken- und Samtmäntel,
Anzüge für Herren u. Knaben,
Strümpfe, Socken u. Unterhosen.
Für gute, solide Ware, billige Preise.

Keine Wanze
mehr nach Gebrauch von Reichel's Wanzenmittel „Rabbit“, der Wanzen-Strahler (je 20 Stück) für 100 Stück Wanzen absolut 100%ig wirksam. Bester Schutz und in der verdorbenen Stellen. Bester Schutz und in der verdorbenen Stellen. Bester Schutz und in der verdorbenen Stellen.

Berliner Elektriker-Genossenschaft
angeschl. dem Verh. sozialer Banbetriebe
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 1193
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen - Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel
Ausführung sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Trauringe
1 Ring 900 Dubatengold von M. 5.00 an
1 Ring 585 gestemp. von „ M. 4.00 an
1 Ring 333 gestemp. von „ M. 2.00 an
H. Wiese, Juweller
Berlin N., Artilleriestr. 30
Berlin W., Passauer Str. 12
Preisliste gratis
Beim Umtausch werden die bei mir gekauften Ringe innerhalb eines Jahres zum vollen Preis zurückgenommen.

Gicht
Bei Kurz, April-Oktr.
Rheumatismus, Ischias, Frauenleiden
Eisenmoorbäd
Bad Schmiedeberg, Bezirk Halle
Bahnhof-Wittenberg-Eilenburg, Herrliche Wald- und Großes Kufhaus in Versammlungsräumen f. Kongresse usw. Prospekt 66 gegen Rückporto durch städtische Badverwaltung.

Berufskleidung
Gerhard Köhnen
Neukölln
Hermannstr. 75-77.

Stahlmattzen
in Stahl, Holztafel, Metall, u. Stein. Günstig Beding. Rat. Auftr. (Strombedarf) Günstig